

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telefax: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Oskar Lafontaine zur Bonner Wende in der Aus- und Übersiedlerpolitik: Viel Zeit versäumt für eine gerechte Lösung.

Seite 1

Wolf-Michael Catenhusen MdB zu den Auseinandersetzungen über das Gentechnikgesetz: Gefahrenabwehr und Risikoversorge gewährleistet.

Seite 2

Hans Kolo MdL zum Verkauf des WAA-Geländes an diverse Großfirmen: Ein gigantischer Deal auf Kosten Bayerns.

Seite 4

Dokumentation:

Die zweite Sprecherin der SPD in der DDR, Angelika Barbe, schilderte am Wochenende auf der SPD-Delegiertenkonferenz die Schwierigkeiten beim Aufbau einer Partei. Ihr Grußwort in Auszügen

Seite 5

45. Jahrgang / 13

18. Januar 1990

Viel Zeit versäumt für eine gerechte Lösung

Zur Bonner Wende in der Aus- und Übersiedlerpolitik

Von Oskar Lafontaine
Ministerpräsident des Saarlandes
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Die Forderung der SPD nach sozialer Gerechtigkeit, Erhaltung der Sozialsysteme bei uns und in der DDR und Abschaffung der materiellen Anreize zur Übersiedlung haben die Koalitionsparteien mit geballten, in der Summe hysterischen Angriffen beantwortet. „Schlichtweg schäbig“, „Judenstern des Jahres“, „Schönhuber der SPD“, „Zwillingsbruder Gysis“, „Angst- und Neidkampagne“, „blanker Sozialneid“, „sozialpolitische Angstparolen“, „Sprache Schönhubers“ und ähnliche Totschlagsprüche waren zu hören. Damit ist viel Zeit vergangen. Der Zustrom von Aus- und Übersiedlern wächst kontinuierlich.

Jetzt erst setzt die Bundesregierung eine Kommission ein, die prüfen soll, welche Anreize abgebaut werden könnten. Plötzlich steht die Notaufnahme von Vertriebenen zur Disposition, das Fremdrentengesetz soll wie auch das Vertriebenengesetz geändert werden. Leistungen im Gesundheitswesen werden überprüft. Die CSU will darüber hinaus zusätzliche drastische Einschränkungen bei den Renten, beim BAFÖG und bei der Aufnahme Deutschstämmiger aus Polen sowie die Streichung von Einrichtungsdarlehen, Überbrückungshilfen und Lastenausgleichszahlungen.

Nachdem die FDP bereits Teile der abrüstungspolitischen Forderungen der SPD (Jäger 90, Wehrdienstverkürzung und Kurzstreckenwaffen) übernommen hat, schwenken auch die Unionsparteien wie geübte Wendehälse auf die zehn Forderungen ein, die ich seit langem erhoben habe. Neun Punkte davon können jetzt verwirklicht werden.

Die Wende der Bundesregierung ist das Eingeständnis der Schuld, viel Zeit versäumt zu haben, eine sozial gerechte Lösung zu schaffen. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sind dadurch politisch verantwortlich für den anhaltenden Zustrom der Aus- und Übersiedler, für das Ausbluten der DDR und für sozialen Unfrieden bei uns. (-/18.1.1990/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Herstellung und Druck
nach dem Vorbild
Kreuz-Print



Gefahrenabwehr und Risikoversorge gewährleisten

Zu den Auseinandersetzungen über das Gentechnikgesetz

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Berichterstatler für das Gentechnikgesetz im Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Die Gentechnologie ist eine wissenschaftliche Methode, die uns Menschen neue Möglichkeiten der gezielten Beeinflussung von Erbmateriale in einer bislang nicht gekannten Genauigkeit und Schnelligkeit, über alle Artengrenzen hinweg, ermöglicht. Bei ihrem Gebrauch in Forschung und Anwendung stellen sich Fragen der technischen Sicherheit, der ökologischen Verträglichkeit, der sozialen und ethischen Verantwortbarkeit. Die SPD-Bundestagsfraktion drängt seit vielen Jahren darauf, daß der Gesetzgeber selbst entscheidet, ob und wo der Anwendung der Gentechnologie Grenzen gesetzt werden müssen. Wir fordern seit langem rechtsverbindliche Vorschriften für den Umgang mit der Gentechnik auf gesetzlicher Grundlage, dies schließt für uns im Einzelfall auch das Verbot ein.

Die Nutzung der wissenschaftlichen Methode Gentechnik ist mit Chancen, vor allem im Bereich der Grundlagenforschung, aber im Einzelfall auch mit Risiken und Gefahren verbunden. Hier ist der Gesetzgeber zur Gefahrenabwehr und Risikoversorge verpflichtet. Wir sehen auch angesichts der Verabschiedung von Gentechnikrichtlinien durch die EG, die in nationales Recht umgesetzt werden müssen, keine Alternative zu einem Gentechnikgesetz, das noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden sollte. Der vorliegende Gesetzentwurf wird aus Sicht der SPD-Fraktion aber bisher den Erfordernissen der Gefahrenabwehr und Risikoversorge nicht ausreichend gerecht. Wir bedauern es, daß die Bundesregierung durch die späte Vorlage des Gesetzes, das im Gesetzgebungsverfahren umfangreich nachgebessert werden muß, das Parlament unter einen großen Entscheidungsdruck gesetzt hat. Die SPD-Fraktion hat die Einrichtung eines Unterausschusses „Gentechnikgesetz“ und die öffentlichen Anhörungen durchgesetzt, um den Versuch einer sachgerechten Beratung des Gesetzes zu unternehmen.

Der Deutsche Bundestag hat sich durch die Arbeiten der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ und die Beratung des Berichts umfassend auf gesetzgeberische Maßnahmen vorbereitet. Der Gesetzgeber betritt aber mit dem Gentechnikgesetz in manchen Fragen Neuland. Dies verlangt sorgfältige Gesetzesberatungen unter Einbeziehung der Öffentlichkeit. Wir sollten auch nicht durch die Verabschiedung eines lückenhaften, widersprüchlichen Gesetzentwurfes juristische Auseinandersetzungen nach Verabschiedung des Gesetzes provozieren.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die umfangreichen öffentlichen Anhörungen zum Entwurf eines Gentechnikgesetzes beantragt, weil sie das Gesetz für überarbeitungsbedürftig hält:

- Wir beraten einen Gesetzentwurf, der bislang nicht an die EG-Regelungen in diesem Bereich ausreichend angepaßt ist. Die Bundesregierung hat es auch zu verantworten, daß bislang keine Anregung des Bundesrates konkret Eingang in den Gesetzestext gefunden hat.
- Das Gesetz gibt bislang unzureichende Antworten auf das Problem, daß wir in manchen Bereichen nur über unzureichendes Wissen zur Bewertung technischer Risiken verfügen. Hier muß die Möglichkeit eines Moratoriums für nicht rückholbare, nicht kontrollierbare Freisetzungsexperimente mit Mikroorganismen geschaffen werden.
- Die Regelungen für Transparenz und eine Beteiligung der Öffentlichkeit an Genehmigungsverfahren sind nicht ausreichend.
- Die vorgesehenen Haftungsregelungen entsprechen bislang nicht unseren Erwartungen eines modernen, auch auf die Verhinderung ökologischer Schäden abzielenden Haftungsrechts.
- Das Gesetz orientiert sich bislang nicht mit ausreichender Eindeutigkeit und Ausschließlichkeit an den Zielen des Schützes von Mensch und Umwelt.
- Es muß im weiteren Gesetzgebungsverfahren auch geprüft werden, ob der bislang in der Zentralen Kommission für die Biologische Sicherheit versammelte Sachverstand zur umfassenden Risikobewertung gentechnischer Vorhaben ergänzt werden muß und wie ihre Arbeit transparenter wird.
- Ein Gentechnikgesetz muß Verfahren, Kriterien und Zuständigkeiten festlegen, nach denen im Einzelfall rational, ohne Außensteuerung durch wirtschaftliche Interessen, geprüft wird, ob bei einem gentechnischen Vorhaben Gefahren oder Risiken für Mensch und Umwelt bestehen, und welches Maß an Risiken eine Gesellschaft zu akzeptieren bereit ist. Ein Gentechnikgesetz kann aber nicht die Frage ethischer Einstellungen zur Gentechnologie oder des sozialen Nutzens der entwickelten Verfahren und Produkte abschließend klären. Deshalb wird die Diskussion über Chancen und Risiken der Gentechnologie durch ein Gesetz nicht abgeschlossen sein.

Die SPD-Fraktion wird in das weitere Gesetzgebungsverfahren die Forderung nach einem Beirat „Gentechnologie“ beim Deutschen Bundestag einbringen. Ebenso wird auch die Arbeit des Gesetzgebers nach Verabschiedung eines Gentechnikgesetzes nicht beendet sein. Wir müssen noch in dieser Legislaturperiode das gesetzliche Verbot des Eingriffs in die menschliche Keimbahn verabschieden. Die nächste Aufgabe für das Parlament wird die Vorbereitung eines umfassenden Genomanalysegesetzes sein müssen.

(-/18.1.1990/vo-he/rs)

Ein gigantischer Deal auf Kosten Bayerns

Zum Verkauf des WAA-Geländes an diverse Großfirmen

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der SPD im Bayerischen Landtag

Die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) ist zum gigantischen Deal zwischen der Energiewirtschaft, der Plutoniumwirtschaft und Teilen der freistaatlichen Verwaltung geworden. Auf diesen Nenner muß man die jetzt abgeschlossene Verschleuderung von Staatsgrundstücken im Taxödener Forst, die zu millionenschweren Spekulationsgewinnen der DWK führen, bringen, weil die bayerische Staatsregierung von ihrem Rückkaufrecht keinen Gebrauch gemacht hat. Sie ist hiermit aufgefordert, einen Bericht über die Verkaufserlöse der Grundstücke in Wackersdorf abzugeben. Gleichzeitig habe ich in einem entsprechenden Schreiben an den Bayerischen Obersten Rechnungshof die Bitte vorgetragen, das Gebaren der Staatsregierung zu überprüfen: Hier wurde Staatseigentum verschleudert.

Diese Verschleuderung des Staatseigentums wurde zur endgültigen Tatsache durch den Verkauf fast des gesamten WAA-Geländes (117 von 120 Hektar) durch die DWK an die Firmen BMW, Wilden und Stahl (zum 21. Dezember) sowie Sennebogen (zum 29. Dezember). Die DWK hatte nicht nur das Grundstück zu einem Schleuderpreis von rund zwei Millionen Mark erhalten, sondern auch noch großzügig öffentliche Mittel für die Erschließung des Geländes in Anspruch genommen, nämlich

- 0 11,3 Millionen Mark (davon 9,2 Millionen durch den Staat und 2,1 Millionen durch die Kommunen) für Kosten im Infrastrukturbereich für die wasser- und abwassermäßige Erschließung des Geländes sowie den Straßenbau einschließlich Brückenbauten;
- 0 12,0 Millionen Mark für Kosten im Infrastrukturbereich für die Strom- und Gasversorgung.

Diese Strukturmaßnahmen haben den Wert der Grundstücke erheblich gesteigert, was sicher auch auf die Verkaufspreise an die neuen Eigentümer durchgeschlagen hat. Diese Gewinne hätte auch der Freistaat für sich erzielen können, wenn er von seinem Rückkaufrecht Gebrauch gemacht hätte. Durch den Verzicht auf dieses Recht hat er der DWK riesige Spekulationsgewinne ermöglicht. Das mindeste wäre gewesen, die öffentlichen Subventionen aus dem Verkaufserlös zurückzufordern. Selbst davon ist bis heute nichts bekanntgeworden.

Planung und Bau der Wiederaufarbeitungsanlage waren für die Energiewirtschaft ein reizvolles Abenteuer, dessen volles Risiko aber von Bundes- und Landesregierung sowie den Stromkunden zu tragen war. Jetzt konnten sogar noch satte Gewinne eingefahren werden, weil die Milliardensummen für Planung und Bau der WAA ja nicht die Atomwirtschaft belasten, sondern zum Teil direkt durch öffentliche Mittel abgedeckt waren, zum anderen Teil mit Erlaubnis der staatlichen Genehmigungsbehörden über den Strompreis auf die Bürger abgewälzt werden konnten. Übrig bleibt ein Grundstücks-Spekulationsgeschäft: die Staatsregierung verschleudert ein riesiges Grundstück zum Spottpreis und steigert es mit über 20 Millionen für Infrastrukturmaßnahmen in seinem Wert auf das Vielfache, ohne diese Gewinne dann abzuschöpfen.

Dieses Vorgehen der Bayerischen Staatsregierung ist ein klarer Verstoß gegen eine ordnungsgemäße Haushaltsführung und gegen die Verpflichtung, das Vermögen des Freistaates zu erhalten. Ich will deshalb jetzt Auskunft über die Verkaufspreise für die WAA-Geländeteile. Dies zu kontrollieren, ist Aufgabe des Parlaments. Oder will die Staatsregierung gerade in diesem hochsensiblen Bereich mit ihrer Geheimniskrämerei und ihrer Liebedienerei gegenüber der Atomwirtschaft weiter so verfahren wie bisher?

(-/18.1.1990/va-ha/rs)

* * *

Dokumentation
=====

Angelika Barbe: Von den Schwierigkeiten eine Partei aufzubauen

Die 2. Sprecherin der SPD in der DDR, Angelika Barbe, schilderte am Wochenende auf der SDP-Delegiertenkonferenz die Schwierigkeiten beim Aufbau einer Partei. Ihr Grußwort in Auszügen:

Seit dem Bau der Mauer war in der DDR kaum ein Hauch von Demokratie zu spüren. Und doch läßt sich Demokratie nicht vollständig verdrängen. Das Beispiel der alten Sozialdemokraten in unserer noch jungen Partei zeigt uns, daß der demokratische Grundgedanke immer lebendig war. Demokratisches Handeln aber muß erlernt werden. Wir hatten in der Friedensbewegung Gelegenheit, uns in konspirativer Arbeit kennenzulernen und kräftig miteinander zu streiten. Jetzt beim Aufbau der Sozialdemokratischen Partei ist es von Anfang an für uns alle wichtig, eine demokratische Arbeitsweise zu zeigen. Wir wollen und müssen in allem, was wir tun, durchschaubar sein.

Die Aufgaben und Schwierigkeiten dabei: Am 26. August riefen die vier Initiatoren Markus Meckel, Martin Gutzeit, Ibrahim Böhme und Arndt Noack zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei auf. Damit begann unser gemeinsamer Versuch, Demokratie zu üben. Als wir uns dann am 7. Oktober in Schwante unter konspirativen Bedingungen trafen, erfolgte die Parteigründung genau nach dem demokratischen Reglement, das wir auch hier zur Delegiertenkonferenz anerkennen. In der ersten Zeit wurden Informationen vom gewählten Vorstand über Kontaktadressentreffen in die einzelnen Regionen weitergegeben. Danach erweiterten wir die Vorstandssitzungen durch die Bezirksvertreter.

Die Sitzungen selbst fanden unter schwierigen Bedingungen statt. Es gab Raumprobleme, die sind noch heute nicht ausgeräumt. Wir hatten kein Telefon. Wir mußten aus der ganzen DDR anreisen. Die Vertreter wechselten von Sitzung zu Sitzung. Die Vorstandsmitglieder leisteten und leisteten genau wie ihr alle mehrfache Arbeit. Das heißt, da waren die Informationsveranstaltungen, damals noch in den Kirchen des ganzen Landes. Dann wirkten wir bei der Begründung vieler Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände mit und arbeiteten gleichzeitig nebenbei nachts an der Programmarbeit. Es kam zu endlosen Nachtsitzungen, um auf die sich überstürzenden Tagesereignisse überhaupt reagieren zu können. Alle diese Sitzungen, diese Erfahrungen sind uns wichtig. Denn wir lernen daraus. Und eure Vorschläge und eure Erfahrungen geben wir jetzt in die weitere Arbeit mit ein.

Zur innerparteilichen Kommunikation: Ich bin eine von wenigen, die ein Telefon haben. Mich erreichen also pausenlos Anrufe, und ich kriege so ein bißchen die Stimmungslage im Lande mit. Ob es um die Einheitsfrage ging, um das Wahlbündnis, ob es um die Auflösung der Staatssicherheitsapparate ging oder ob mich jetzt Leute ansprechen, die Bescheid wissen, wenn ehemalige Mitarbeiter des Zentralrats der FDJ noch Kuren vermittelt bekommen. Ich bin erste Anlaufstelle und muß möglichst gleich das Problem lösen. Das kann ich natürlich nicht immer. Ich muß vielfach vertrösten und darum bitten, auch sich hier an demokratische Spielregeln zu halten.

Es besitzen nur sehr wenige von uns ein privates Telefon. Es fehlen Büros, Versammlungsräume, die Drucktechnik. Wir sind berufstätig. Wir haben Familien, Kinder, Ehepartner. Und wir haben kaum noch Zeit für Privates, wie ihr sicher auch. Es kommen täglich Anfrage, Wünsche nach Informationsmaterial, Kritiken wegen mangelnder Information - das kann ich nur bestätigen. Ich muß es zur Kenntnis nehmen und muß sagen, ihr habt recht. Aber wir versuchen das Machbare. All das ist berechtigt und für uns doch sehr bitter.

Denn es ist im Augenblick einfach nicht mehr drin. Zum Beispiel war vorgestern, nach jeder Vorstandssitzung ein Protokoll an alle Kontaktadressen des Landes zu verschicken. Es klappt noch immer nicht. Endlich konnte in der vorigen Woche ein Büro eingerichtet werden. Wir haben einen Vorstandssakretär, der Organisatorisches koordiniert, der auch an der Vorbereitung dieser Delegierten-Konferenz ganz entscheidenden Anteil hat, gemeinsam mit allen anderen natürlich. Es werden Termine abgestimmt, Vorstandsarbeit koordiniert und unterstützt. Und es kam daneben noch mehr dazu und zwar der runde Tisch mit all den Unterkommissionen und Fachgruppen, die dazu nötig

sind. Es kam die Beteiligung an den Kommissionen, die den runden Tisch begleiten, die die Vorlagen erarbeiten und zwar zur Medienfrage, zur Parteienfinanzierung, zu Rechtsfragen, zur Staatsicherheit.

Wir sitzen außerdem noch in zwei Untersuchungsausschüssen und zwar in dem gegen Korruption und Amtsmissbrauch und in dem zur Aufklärung der Übergriffe vor den Demonstrationen am 7. und 8. Oktober 1989. Außerdem existieren Fachgruppen zur Bildungs-, Frauen- und Sportpolitik.

Dadurch haben wir als demokratische Partei zwar die Möglichkeit, Veränderungen in der Gesellschaft mitzubeeinflussen, aber unsere Personaldecke ist noch recht schwach und wird sich erst im Laufe der Zeit erweitern können. Denn wir sagen mit Stolz und Selbstbewußtsein, wir sind keine kleine Partei mehr, sondern eine wachsende. Jedes Vorstands-Mitglied versucht in seiner Arbeitsgruppe auch sozialdemokratische Positionen zu vertreten. Ich zum Beispiel setze mich entschieden für eine bessere Familienpolitik, Bildungspolitik und Frauenpolitik ein. Konkret heißt das: Wenn uns das Wohl der Kinder am Herzen liegt, dann müssen wir dafür Sorge tragen, daß die Massenaufbewahrungs-Praxis unserer Kinder in den Kinderkrippen der DDR beendet wird.

Wenn wir Jugendpolitik ernst meinen, dann müssen wir die Wünsche der Jugendlichen nach Selbstständigkeit und Mitbestimmung in Rechte übertragen, dann können wir nicht mit Verfassungsschutzmethoden auf rechtsradikale Tendenzen reagieren, sondern müssen nach den Ursachen forschen. Und dann geben wir unseren Kindern und Jugendlichen mit einer lerngerechtsfördernden Bildung auch tatsächlich die notwendige Chancengleichheit. Wenn wir demokratische Mitbestimmung der Frauen in der Gesellschaft fördern wollen - denn das war bisher nur eine Phrase der SED - dann müssen wir in unserer Partei damit anfangen. So kam es in der vergangenen Woche zum Vorstandsbeschuß, zusätzlich aus jedem Bezirk eine Frau zu delegieren. Wir werden einen Frauenförderungsplan innerhalb der Partei aufstellen und politische Schulungen für Frauen veranstalten. Denn es kann nicht sein, daß die Frauen zwar berufstätig sind, aber dann auch noch die Kinder versorgen müssen und sich noch viele Stunden lang um den Einkauf bemühen müssen, so daß ihnen keine Zeit für politische Bildung bleibt.

Wir brauchen die Frauen als Mitarbeiterinnen in der Partei und als Wählerinnen. Wir werden uns nicht wie die LDPD-Frauen gestern auf der Volkskammer-Sitzung mit Hochschätzung begnügen, sondern die Quotenregelung beantragen, die unsere Schwestern in der westdeutschen SPD schon durchgesetzt haben. Zum Schluß noch eines, Demokratie braucht Zeit und deshalb haben wir die Redezeit gekürzt um uns allen Gelegenheit zu geben, hier zu sprechen. Danke.

{-/18.1.1990 /rs/fr}

* * *